

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Wolfgang Gerstl, Eva Blimlinger,
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Aufbewahrung von Akten und Daten in den Ministerien

eingebraucht im Zuge der Debatte über die Dringliche Anfrage der Abgeordneten Jan Krainer, Genossinnen und Genossen, betreffend „Schluss mit Schreddern – Aufklärung statt Aktenvernichtung, Herr Bundeskanzler!“

BEGRÜNDUNG

In der Dringlichen Anfrage äußern die einbringenden Abgeordneten die Befürchtung, dass durch die derzeit in Vorbereitung befindliche Umstellung auf ein neues E-Mail-System im Bundeskanzleramt und möglicherweise auch in anderen Ministerien, Daten, die für den am 13.10.2021 verlangten Untersuchungsausschuss relevant sein könnten, verloren gehen könnten.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, jedenfalls sicherzustellen, dass für die Wahrnehmung der parlamentarischen Kontrollrechte, wie insbesondere den zuletzt eingesetzten Untersuchungsausschuss, die notwendigen Akten- und Datenbestände, etwa in Sicherungskopien, aufbewahrt werden. Die im Bundeskanzleramt durch den Datenmigrationsprozess in das BRZ (derzeit im Abstimmungsprozess mit der PV) für 10. November 2021 vorgesehene automatisierte Löschung von bzw. Beschränkung des Zugriffs auf Inhalte, die älter als 365 Tage sind, soll ausgesetzt werden.“

[BLIMLINGER]

[Rögmüller]

[GODL]

[GERSTL]

[FÜRLINGER]

